

E-Mail-Newsletter

Nr. 161, 14. Oktober 2010

monatlich | nächste Erscheinungstermine: 8.11. | 6.12.

Liebe Mitglieder, Förderer und Interessierte

mit diesem Rundbrief möchten wir Sie vor allem auf unsere kommende Plenums-Tagung am 20. November hinweisen. Das [Programm](#) steht nun (fast) fest und Sie können sich ab sofort direkt [über unsere Website anmelden](#). Wir freuen uns über Ihr Kommen! Unsere Mitglieder und AbonnentInnen erhalten die Einladung nächste Woche auch per Post - gerne auch zum Weiterverteilen! Ausführlichere Informationen zum Plenum gibt es gleich weiter unten im Newsletter. Darüber hinaus erhalten Sie wieder ausgesuchte Informationen zur Asyl- und Flüchtlingsthematik sowie aktuelle Veranstaltungstermine (die wir dieses Mal wieder ans Ende des Newsletters gestellt haben).

Übersicht über die Inhalte des Newsletters:

- **1. FLÜCHTLINGSARBEIT IN BADEN-WÜRTTEMBERG** Neues vom Flüchtlingsrat / Berichte aus den Regionen / Pressedoku / sonstige Informationen
- **2. THEMEN & INFORMATIONEN** Informationen zur Asyl- und Flüchtlingspolitik BaWü / BRD / EU incl. Link auf den aktuellen Pro Asyl Newsletter
- **3. AKTUELLE TERMINE** Lokale und landesweite Veranstaltungen und Aktionen / Überregionale Tagungen etc.

Unsere bisherigen Newsletter finden Sie auf unser Website unter ["Archiv / E-Mail-News"](#) sowie viele weitere (aktuelle) Informationen.

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an info@fluechtlingsrat-bw.de.

Wenn Sie uns als Mitglied oder SpenderIn (sofern Sie dies noch nicht sind) aktiv unterstützen wollen, finden Sie das entsprechende [Formular](#) ebenfalls auf unserer Website.

Und nun viel Spaß beim Lesen wünschen
Vorstand und Geschäftsstelle

1. FLÜCHTLINGSARBEIT IN BADEN-WÜRTTEMBERG

VERANSTALTUNGEN | FLÜCHTLINGSRAT BW

Sa, 20.11.10 Soziale Rechte für Flüchtlinge - jetzt! Tagung mit Plenum in Stuttgart

Im Mittelpunkt unserer Herbsttagung stehen die sozialen Lebensbedingungen von Flüchtlingen in Baden-Württemberg: Aufnahmebedingungen und Unterbringung, Sozialleistungen (Asylbewerberleistungsgesetz!), Residenzpflicht und die Situation besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge. Die Veranstaltung ist gleichzeitig der Auftakt zu unserer "Lagerkampagne" von Herbst 2010 bis Sommer 2011. In Baden-Württemberg stehen die Chancen für Veränderungen derzeit gut, denn die Umfragen sagen uns die Möglichkeit eines Regierungswechsels im nächsten Frühjahr voraus. Nicht nur Stuttgart 21 oder die Atompolitik, sondern auch der Umgang mit Flüchtlingen könnte dann ganz neu verhandelt werden. Für das Plenum haben wir deswegen eine Podiumsdiskussion mit Landtagsabgeordneten zum Thema "Flüchtlinge in Baden-Württemberg - ein Thema für die Landespolitik?" vorbereitet. Wir freuen uns auf Ihr Kommen! [\[Weiter zu Programm und Anmeldung\]](#)

PRESSEARBEIT | FLÜCHTLINGSRAT BW

Tag des Flüchtlings: Asylbewerberleistungsgesetz im Mittelpunkt der Kritik

Seit 1993 sind die Leistungssätze für Asylbewerber nicht angehoben worden. Inzwischen beträgt der Abstand zum Hartz IV-Regelsatz ca. 37%. Ist damit das menschenwürdige Existenzminimum gesichert, das jedem Menschen unabhängig von seiner Herkunft und seinem Aufenthaltsstatus nach dem Grundgesetz zusteht? Einen Hoffnungsschimmer verspricht eine Entscheidung des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen, das die Leistungen für verfassungswidrig hält. Die stellvertretende Vorsitzende des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg, Ulrike Duchrow, begrüßte das Urteil: *"Endlich ist unseren jahrelangen Forderungen einer besseren Versorgung von Asylsuchenden nun von richterlicher Seite Nachdruck verliehen worden!"* In Heidelberg hat bereits ein Flüchtling unter Berufung auf das Urteil einen Antrag auf Erhöhung der Regelsätze gestellt. Der dortige Asylarbeitskreis sowie der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg wird ihn im Fall einer Klage unterstützen. [\[PDF 74 KB\]](#) In einer [gemeinsamen Presseerklärung von Pro Asyl und Flüchtlingsräten](#) wird ebenfalls die Verfassungswidrigkeit des AsylbLG hervorgehoben. Der [Flüchtlingsrat Berlin geht in seiner Pressemitteilung](#) auf die besondere Situation der Kinder im Rahmen des AsylbLG ein. Ein sehr guter Artikel zu den sozialen Lebensbedingungen von Flüchtlingen erschien auch in der [Zeit vom 16.9.2010](#).

PROJEKTE | FLÜCHTLINGSRAT BW

Analyse der Aufnahmebedingungen für Flüchtlinge in Baden-Württemberg

Im Rahmen des EFF-Projekts "VIA" beginnt der Flüchtlingsrat BW derzeit mit einer Untersuchung der Aufnahmebedingungen für Asylsuchende in der Landesaufnahmestelle in Karlsruhe. In Vorbereitung sind Anfragen an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, die Landesaufnahmestelle und die Landesregierung sowie Interviews mit Flüchtlingen und MitarbeiterInnen des Freundeskreis Asyl Karlsruhe, die Flüchtlinge beraten.

VERANSTALTUNGEN | FLÜCHTLINGSRAT BW

Bericht von der Tagung "Flucht und Migration durch Klimawandel" in Bad Boll 24.-26.9.10

Als Diskussions-Ergebnisse dieser gemeinsamen Tagung von Flüchtlingsrat, Ev. Akademie, Pro Asyl und Brot für die Welt können festgehalten werden:

- Die Folgen des hauptsächlich vom industrialisierten Norden verursachten Klimawandels werden auch starke Migrations- und Fluchtbewegungen verursachen. Die primär vom Klimawandel betroffenen Staaten werden dabei die größte Last der Migration zu tragen haben, Binnenmigration wird das dominierende Phänomen des Klimawandels sein.
- Die neue Fluchtursache Klimawandel kommt zu den bisherigen klassischen Fluchtursachen (Verfolgung, Hunger, Kriege etc.) hinzu und wirkt häufig mit diesen zusammen.
- Es gibt bereits Regionen oder Länder, die so akut und stark vom Klimawandel betroffen sind (wie z.B. Bangladesch oder diverse Pazifikinseln), dass sich konkrete Fragen nach Relocation- oder Resettlementprogrammen stellen. Ausgearbeitete Konzepte hierfür gibt es aber noch nicht, da selbst durch den Klimawandel das Interesse etwa der EU-Staaten für solche Programme noch nicht gestiegen ist.
- Daneben gibt es auch weiterhin Regionen wie z.B. Ostafrika, in denen nach wie vor die klassischen Fluchtursachen dominieren (Bsp. Somalia, Kongo...). Hier wäre es falsch, Migrationsbewegungen allein durch die Klimabrille zu betrachten oder zu legitimieren.
- die Genfer Flüchtlingskonvention sollte nach Auffassung vieler Experten nicht um eine bisher nicht vorhandene Klimaklausel ergänzt werden. Da die GFK von vielen Seiten angegriffen oder nicht mehr eingehalten wird (Bsp. Italien-Lybien) wird es als sinnvoller erachtet, sie nicht erweitern zu wollen, sondern den Umgang mit Klimaflüchtlingen in eigenen Konventionen zu regeln.

Eine ausführliche Dokumentation dieser Tagung soll als Buch bei der Ev. Akademie Bad Boll erscheinen.

VERANSTALTUNGEN | (PRESSE)DOKU | INTERKULTURELLE WOCHE

Berichte über Veranstaltungen zum Tag des Flüchtlings 2010

In der Nachbetrachtung der Interkulturellen Woche 2010 bzw. dem Tag des Flüchtlings liegen uns Berichte über folgende Veranstaltungen vor:

- in Reutlingen referierte Karl Kopp über das Schicksal von Flüchtlingskindern in Griechenland, siehe hierzu den [Artikel "Wie Stückgut zurückgeschickt im Reutlinger Generalanzeiger"](#) vom 2.10.2010
- in Freiburg sprachen Josef Follmann (Caritas), Jürgen Blechinger (DW) und Berthold Münch (Rechtsanwalt) über Flüchtlinge an Europas Grenzen - hier gibt es einen [Bericht](#).
- in Karlsruhe eröffnete Angelika von Loeper (1.Vorsitzende Flüchtlingsrat) eine Veranstaltung zu Hoffnungen und Erwartungen an die europäische Asyl- und Migrationspolitik
- in Balingen sprach Andreas Linder (Geschäftsstelle Flüchtlingsrat) bei der Eröffnung der Ausstellung "displaced" von Leona Goldstein in der Hl.Geist-Kirche, organisiert von Attac und der katholischen Erwachsenenbildung
- in Heidelberg führte die Veranstaltung von Asyl-AK und DW zu einem ausführlichen Zeitungsartikel mit dem Titel "Trotz Studiums zum Nichtstun verdammt" (Rhein-Neckar-Zeitung 5.10.10.)
- in Baden-Baden zeigte der Asyl-AK die Ausstellung des Flüchtlingsrats "Schau mich an" mit Portraits von Flüchtlingen

Willkommenskultur in Baden-Württemberg ??

Unter diesem Titel (ohne Fragezeichen) lud die [Liga der Freien Wohlfahrtspflege](#) zu einer Tagung am 6. und 7.10.2010 nach Stuttgart. Im Mittelpunkt stand, die aktuellen Integrationsdebatte und die Rolle von Zuwanderern und der Aufnahmegesellschaft im Integrationsprozess. In einem Forum wurde auch gefragt, ob es eine "Willkommenskultur auch bei humanitären Aufenthalten?" geben soll. Gemeint waren hier die irakischen Resettlement-Flüchtlinge, die im Jahr 2009 aufgenommen wurden und deren Aufnahme sehr positiv verlaufen sei. Die Expertise des Flüchtlingsrats war bei dieser Tagung leider nicht gefragt. Die Veranstalter formulierten in ihrer [Pressemeldung](#) nach der Veranstaltung Ziele: *"Aufenthaltsverfestigung, Einbürgerung und sozialrechtliche Gleichstellung, verbunden mit einer Erlaubnis zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit: dies sind unabdingbare Elemente einer Willkommenskultur für Ausländer in Deutschland. Für die Einbürgerung dürfen nicht nur keine unüberwindbaren Hürden aufgebaut werden, vielmehr sollen Immigranten bei den erforderlichen Behördenverfahren "aktiv-positiv" begleitet werden."* Eine "Auslese-Willkommenskultur", bei der nur Hochqualifizierte im Blick seien, solle es nicht geben.

AKTIONEN | EU-POLITIK

E-Mail-Protestaktion von PRO ASYL - bereits über 3.000 UnterzeichnerInnen - Machen auch Sie mit!

Die Zusammenarbeit Europas mit dem Folterstaat Libyen ist das blutigste Kapitel europäischer Flüchtlingspolitik. Ende August forderte der libysche Diktator von der EU jährlich mindestens 5 Milliarden Euro für die Flüchtlingsabwehr. Bis Ende 2010 will die EU ein Kooperationsabkommen mit Libyen abschließen, um die Zusammenarbeit im Bereich Migration und Flucht weiter zu intensivieren. Bereits seit Jahren hofieren die EU und ihre Mitgliedstaaten Gaddafi, um den Fluchtweg nach Europa zu sperren. Das Regime wird mit Waffen, Schiffen, Fahrzeugen, Leichensäcken und Geldern für Abschiebungsflüge und Haftanstalten beliefert. [PRO ASYL appelliert an das Europaparlament](#), aktiv zu werden.

Eingesperrt, gefoltert, vergewaltigt: Tausende Flüchtlinge sind der Kooperation der EU mit Libyen bereits zum Opfer gefallen. Europa weiß, dass in Libyen Schutzsuchende inhaftiert, misshandelt und gefoltert, Flüchtlingsfrauen vergewaltigt werden. Dennoch wird bis heute an der Kollaboration mit diesem Regime festgehalten und Flüchtlinge, die in Europa Schutz suchen, werden in den Folterstaat zurückgewiesen. Eine

im Juni 2010 vom Europaparlament verabschiedete Entschließung, in der schwerste Menschenrechtsverletzungen in Libyen angeprangert werden, muss Konsequenzen nach sich ziehen. Ein Diktator wie Gaddafi darf nicht über das Schicksal von Flüchtlingen entscheiden. Alle Verhandlungen mit Libyen zu Flucht und Migration müssen unverzüglich abgebrochen werden. Die angestrebte Polizeikooperation zwischen der EU-Grenzagentur Frontex und Libyen muss verhindert werden. [Unterstützen Sie unseren Appell an das Europaparlament!](#)

2. THEMEN & INFORMATIONEN

THEMEN | ASYLSTATISTIK

Steigende Zugangszahlen

Aus der [aktuellen Statistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge](#) (BAMF) geht hervor, dass die Zahl der Asylozugänge erneut angestiegen ist. Im August 2010 kamen 3.936 Flüchtlinge in Deutschland an (2009: 2.448), davon 498 (2009: 243) nach Baden-Württemberg. Die meisten Neuzugänge sind nach wie vor afghanische Staatsangehörige, immer mehr Menschen kommen aber aus Serbien und Somalia. Für den Flüchtlingsrat ist eine wichtige Frage, wie das BAMF die zunehmenden Anträge bearbeiten wird, nachdem viel Personal abgebaut wurde und viele Flüchtlinge bereits seit vielen Monaten auf die Asylentscheidungen warten.

THEMEN | RESIDENZPFLICHT

Gesetzentwurf "Residenzpflicht abschaffen"

Am 29.9.2010 hat die Fraktion von Bündnis 90 / Die Grünen unter Federführung der MdB Josef Winkler, Volker Beck, Memet Kilic u.a. den Antrag "Residenzpflicht abschaffen - Für weitestgehende Freizügigkeit von Asylbewerbern und Geduldeten" eingebracht (Bundestagsdrucksache 17/3065). Auch in Brandenburg, Schleswig-Holstein und anderen Bundesländern steht die Residenzpflicht auf der rechtspolitischen Ebene längst auf dem Schleudersitz - Baden-Württemberg lässt wie immer auf sich warten. Da fehlt vielleicht der politische Druck von unten...

THEMEN | RÜCKÜBERNAHMEABKOMMEN UND ABSCHIEBUNGEN IN DEN KOSOVO

Einzelfallprüfungen statt Massenabschiebungen

Durch das Rückübernahmeabkommen mit der Rep. Kosovo von April 2010 soll die Abschiebung von bis zu 15.000 "ausreisepflichtigen" kosovarischen Staatsangehörigen in den nächsten Jahren erfolgen. Dies ist bereits vor den französischen Massenabschiebungen von Roma kritisiert worden und erhält nun auch amtlichen Gegenwind. Das Innenministerium von NRW veröffentlichte vor kurzem einen Erlass, in dem die Bezirksregierungen dazu aufgefordert werden, angesichts der sozialen Bedingungen im Kosovo in jedem Einzelfall Anhörungen durchzuführen und die Möglichkeit eines Asylfolgeantrags zu eröffnen. Auch die Möglichkeit eines asylverfahrensunabhängigen Aufenthaltsrechts werden dargelegt. Auch die UNO-Menschenrechtskommissarin Navi Pillay hat eine "unglaubliche Diskriminierung" von Roma in Europa beklagt und dabei schwere Vorwürfe gegen Deutschland erhoben. Die anhaltende Rückführung der Roma von Deutschland in das Kosovo habe "verheerende Folgen für die Rechte der Kinder, auch für ihr Recht auf Bildung", schrieb Pillay in einem [Beitrag für die Frankfurter Rundschau](#). Aus der Sicht von Roma-Verbänden war die Kritik an Frankreich im Zusammenhang mit den Massenabschiebungen von Roma zu einseitig. Auch wenn Deutschland laut IM de Maizière keine Massenabschiebungen plane, sind ca. 8.500 der Menschen, die Deutschland im Laufe der nächsten Jahre im Rahmen des Rückübernahmeabkommens abschieben will, Angehörige der Roma-Minderheit. Quelle: [FTD 19.9.2010](#).

BERATUNGSPRAXIS | DUBLIN II-VERORDNUNG

Neuer Reader zur Beratung im "Dublin"-Verfahren

Wer Flüchtlinge berät, die von Dublin II-Verfahren betroffen sind, bekommt mit dem neuen Reader von Maria Bethke (Asylverfahrensberaterin in Gießen) und Dominik Bender (Rechtsanwalt aus Frankfurt) sehr

gutes Handwerkszeug. Er enthält Auskünfte zum Prüfschema und zum Ablauf des Dublin-Verfahrens, gibt Hinweise für die Beratung von Flüchtlingen ohne Asylantrag, von unbegleiteten Minderjährigen, zum "Griechenlandverfahren" usw. und stellt typische Fallkonstellationen vor. Erhältlich als PDF beim [Informationsdienst Asyl und Migration](#).

RECHT | DUBLIN II-VERORDNUNG

"Dublin"-Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht

Am 28. Oktober verhandelt der 2. Senat des BVerfG über die "Dublin II-Verordnung". Erwartet wird eine Grundsatzentscheidung u. a. zur Möglichkeit effektiven Rechtsschutzes bei drohenden Dublin-Überstellungen in andere EU-Staaten (speziell Griechenland), wenn dort die europarechtlichen Mindeststandards für die Aufnahme von Flüchtlingen und die Verfahren für eine Flüchtlingsanerkennung nicht gewährleistet sind. In einer [Pressemitteilung](#) vom 17. September stellt das BVerfG die Sachlage selbst dar.

RECHT | BLEIBERECHT FÜR JUGENDLICHE

Neue Regelungen für Jugendliche?

Laut einem [Artikel in "Spiegel Online"](#) sollen in Deutschland ausgebildete und integrierte jugendliche MigrantInnen in Zukunft leichter ein Aufenthaltsrecht bekommen. Die Innenminister der Länder wollen nach SPIEGEL-Informationen die Regeln für Jugendliche ändern. Anlass ist der Fall einer Ghanaerin, die trotz Einser-Abitur abgeschoben werden sollte.

THEMEN | INTEGRATIONSDEBATTE

Einzelfallprüfungen statt Massenabschiebungen

Ausgelöst durch die Thesen von Thilo Sarrazin tobt derzeit wieder eine sehr unangenehme "Integrationsdebatte", bei der sich die Protagonisten gegenseitig mit islamophober und rassistischer "Theorie"produktion überbieten und ein längst überholt geglaubtes Kulturverständnis ("Kulturkreise" / "der Islam") nun auch wieder in vielen Talkshows fröhliche Urständ feiert. Wohltuend sind demgegenüber sachliche Entgegnungen, aber auch kritische Distanzierungen wie die [Erklärung des Netzwerks Kritische Migrations- und Grenzregimeforschung](#), die mittlerweile von über 2000 Menschen unterzeichnet wurde. Auch die Stellungnahme des Stuttgarter Integrationsbeauftragten Gari Pavkovic, die uns vorliegt, trägt zur Versachlichung der Debatte bei, fand aber wenig Beachtung in den Medien.

AKTIONEN | SAVE-ME-KAMPAGNE

Auch Gießen und Kassel haben "Ja" gesagt

Trotz oder vielmehr weil sich Deutschland nicht für ein regelmäßiges "Resettlement" entscheiden will, sucht und findet die Save-Me-Kampagne immer mehr Zustimmung auf kommunaler und Landesebene. Vor kurzem haben sich nun auch die Stadträte von Gießen und Kassel für die Aufnahme von Flüchtlingen über UNHCR-Resettlement ausgesprochen. Mehr Informationen in diesem [Artikel des Gießener Anzeigers](#) oder auf der Website der [Save-Me-Kampagne](#). In Baden-Württemberg hört man, dass Stuttgart eine der nächsten Save-Me-Städte werden könnte.

AKTIONEN | INNENMINISTERKONFERENZ

I ♥ BLEIBERECHT! Demo von Jugendliche ohne Grenzen

Zur alljährlichen Innenministerkonferenz, diesmal am 17. November in Hamburg, rufen die "Jugendlichen ohne Grenzen" zur alljährlichen Demo auf. Den Aufruf und alle weiteren Informationen gibt es auf ihrer [Website](#).

AKTIONEN | FLÜCHTLINGSRAT BAYERN

Jeden Donnerstag Kontrollbesuche in den Unterkünften

Unsere Nachbarn machen es mal wieder vor: *"Bayern bleibt schmutzig - auch nach dem Landtagsbeschluss zur Neuregelung der Lagerpflicht für Flüchtlinge und dem Erlass von Mindeststandards durch das bayerische Sozialministerium. Das Netzwerk Deutschland Lagerland begibt sich deshalb an jedem Donnerstag im Oktober und November 2010 auf seine Schmutzige-Donnerstags-Tour durch bayerische Flüchtlingslager. Wir wollen*

damit auf die weiterhin menschenunwürdigen Zustände in den bayerischen Flüchtlingslagern aufmerksam machen und Material aus allen Regierungsbezirken zusammentragen. Die gesammelten Informationen aus den Lagern werden wir in die weitere Debatte im Bayerischen Landtag zur Umsetzung des Beschlusses zur Neuregelung der Lagerpflicht einbringen." Informationen über die Schmutzige-Donnerstags-Tour finden Sie auf der [Internetseite des Flüchtlingsrats Bayern](#).

MATERIALIEN | BLEIBERECHT

Studie zu den Auswirkungen der Bleibenrechtsregelungen

"Geduldet - nicht erwünscht" lautet der Titel einer 184 Seiten starken Studie von Prof. Gudrun Hentges und Justyna Staszak über die Auswirkungen der Bleiberechtsregelung auf die Lebenssituation geduldeter Flüchtlinge in Deutschland. Das Buch ist im Oktober 2010 im ibidem Verlag Stuttgart erschienen und kosten 29,90 Euro. ISBN 978-3-8382-0080-4.

MATERIALIEN | ZEITSCHRIFTEN

ZAR, Asylmagazin, amnesty info

Die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik ZAR enthält u.a. eine kritische Bilanz zur Staatsangehörigkeitsrecht seit 2000, einen Artikel über aktuelle Entwicklungen bei der "Harmonisierung" des EU-Aufenthaltsrechts und den Stand der Diskussion menschenrechtlicher Ansätze zu "irregulärer Migration" in Deutschland. Mehr Infos: www.zar-online.info. Das aktuelle "Asylmagazin" des Informationsverbunds Asyl und Migration enthält die UNHCR-Richtlinien zum internationalen Schutzbedarf sri-lankischer Asylsuchender und eine ausführliche Kommentierung zur Vorlage des LSG NRW beim BVerfG bzgl. Asylbewerberleistungsgesetz. Das amnesty info 10/2010 bringt v.a. Länderinformationen zu Nordkorea, Syrien, Sri Lanka und Libyen sowie einen ai-Forderungskatalog zur europäischen Asylpolitik.

Und hier noch der Link zum [PRO ASYL NEWSLETTER 162 vom 24.9.2010](#) mit zahlreichen Informationen v.a. zur EU-Flüchtlingspolitik.

3. AKTUELLE TERMINE

Fr, 22.10., 14 Uhr, Stuttgart, Haus der Wirtschaft, Willi Bleicher Str. 19

Migration weltweit - Impulse für Entwicklung

Dieses Forum, das von der "Stiftung Entwicklungszusammenarbeit" und dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge u.a. veranstaltet wird und unter Schirmherrschaft von Ministerpräsident Mappus steht, thematisiert Migration unter dem ökonomischen Aspekt und behandelt Fragen wie zirkuläre Migration oder entwicklungspolitische Faktoren, blendet aber menschenrechtliche Aspekte oder Flüchtlingsschutz völlig aus. Migranten kommen hier also mal wieder nur unter dem Aspekt der wirtschaftlichen Nützlichkeit ins Gespräch. Dabei dürfen sie auch ein paar Probleme mitbringen, wenn sie dann nach Gebrauch wieder gehen - eine kritische Auseinandersetzung mit solcherart konservativer Migrationspolitik wäre dringend nötig!

Sa, 23.10., 12 Uhr, Rastatt, Hauptbahnhof

Weg mit dem Nazi-Zentrum in Söllingen

Kundgebung. Veranstalter: "Weiße Rose gegen braune Gewalt", Rastatt, u.a.

Fr, 05.11., 19 Uhr, Stuttgart, Evangelisches Tagungszentrum Birkach

Sa, 06.11., 18 Uhr, Uhingen, Evangelisches Gemeindehaus

Sa, 20.11., 20 Uhr, Bad Boll, Evangelische Akademie

Ala-Din und die Wunderlampe

Theaterstück nach Heiner Schnitzler, aufgeführt von den "global players" (beteiligt sind auch Flüchtlinge aus Göppingen). Mehr Informationen: www.globalplayers-gp.de

Mi, 03.11., 9.30 - 16.30, Stuttgart Diakonisches Werk, Heilbronnerstr. 180

"Wohin mit meiner Trauer? Verlust, Abschied und Trauerprozesse im Exil"

Jahrestagung der Landesarbeitsgemeinschaft Folterüberlebende in Baden-Württemberg in Kooperation mit der Landesärztekammer. Veranstalter: DW, BFU Ulm, PBV Stuttgart, Refugio Stuttgart und VS u.a.

Fr, 6.11. und Sa, 07.11., 20 Uhr, Tübingen, Schlatterhaus, Österbergstr.2

EUropas Staatsbildungskriege

Kongress der Informationsstelle Militarisierung, www.imi-online.de

Mo, 08.11., 20 Uhr, Stuttgart, Forum der Kulturen, Marktplatz 4

Einwanderungsland Deutschland

Sebastian Beck referiert über das Thema "Wie Migranten wohnen wollen" und stellt Ergebnisse einer diesbezüglichen Sinus-Studie vor.

Mi, 10.11., 20 Uhr, Nürtingen, Kulturkantine, Plochinger Str. 14

Krieg im Kongo - Business- oder Bürgerkrieg?

Der Referent Vianey Mushegera ist gebürtig aus Bukavu in der DR Kongo und lebt in Nürtingen. Er ist Agraringenieur und Projektmanager für alternative und erneuerbare Energien. Veranstalter: AK Asyl Nürtingen, ai.

 **Sa, 20.11., 10 - 18 Uhr, Stuttgart, Friedensgemeinde, Schubartstr.14**

FLÜCHTLINGSRAT BW | TAGUNG MIT PLENUM

Informationen und Anmeldung siehe oben!

 **Do, 02. 12., 19 Uhr, Heilbronn, Caritas-Zentrum**

Europäische Asyl- und Migrationspolitik

Referent: Andreas Linder, Flüchtlingsrat Ba-Wü. Veranstalter: Stadt Heilbronn, Integrationsbeauftragte.

 **Di, 07.12., 19 Uhr, Hochschule Esslingen, Studium Generale**

Flüchtlingskinder in Deutschland nach der Rücknahme der Vorbehalte zur UN-Kinderrechtskonvention

Referentin: Angelika von Loeper, 1. Vorsitzende des Flüchtlingsrats BW.

21. und 22.01.2011, Bad Boll, Ev. Akademie

Flüchtlingsschutz in Deutschland. Nationale Verfahren, europäische Standards

Tagung der Ev. Akademie Bad Boll, des Diakonischen Werks Württemberg und des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg.

Hinweise auf überregionale Veranstaltungen:

Do, 07. bis So, 10.10., Berlin-Kreuzberg, Heilig-Kreuz-Kirche

Tagung der BAG Asyl in der Kirche in Kooperation mit CCME - Churches' Commission for Migrants in Europe.

Mehr Infos: www.kirchenasyl.de

Fr, 22. bis Sa, 23.10., Berlin, Evangelische Bildungsstätte auf Schwanenwerder

Tagung **"Roma - eine transnationale Minderheit in Europa"**

Mehr Infos: www.eaberlin.de

Do, 14. bis So, 17.10., Hamburg, Rote Flora

10. Antira-Kongress

Mehr Infos: <http://antirahamburg.blogspot.de>

Mi, 27. bis Fr, 29.10., Bochum

3. Bundesfachkongress Interkultur.

Mehr Infos: www.bundesfachkongress-interkultur.de

Mi, 17. - Fr, 19.11., Hamburg

Wie politisch kann eine Fachkraft sein?

Die Bedeutung der politischen Dimension in der Arbeit mit jungen Flüchtlingen. Tagung in der Katholischen Akademie Hamburg. Veranstalter: Bundesfachverband Unbegleitete Minderjährige Flüchtlinge (B-UMF) e.V.

Mehr Infos: www.b-umf.de

Mi, 17. - So, 21.11., Hamburg

8. bundesweite JOG - Jugendkonferenz: I ♥ BLEIBERECHT! mit Demo am 17.11.

Mehr Infos: <http://www.jogspace.net/konferenzen.de/articles/jog-konferenz-in-hamburg-2010.html>

Do, 25.11. Internationaler Tag gegen Gewalt gegen Frauen

Mehr Infos u. a. bei: www.frauenrechte.de

Sa, 4.12., 10-17 Uhr, Berlin, Hotel Alexander Plaza, Rosenstr.1

Die EU-Verordnung Dublin II.

Referentin: Klaudia Dolk, Informationsverbund Asyl&Migration, Berlin.

Mehr Infos: <http://auslaender-asyl.dav.de>

Fr, 10.12. Internationaler Tag der Menschenrechte

Haben Sie Interesse an einer Veranstaltung mit VertreterInnen des Flüchtlingsrats Baden-Württemberg?

Unsere Referentinnen und Referenten kommen im Rahmen des Fortbildungsprogramms des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg mit ihren Vorträgen gerne zu einem vereinbarten Termin zu Ihnen. Auf unserer Website finden Sie eine [Übersicht über die Veranstaltungen](#), die wir anbieten. Darüber hinaus sind wir für weitere Themen offen. Bitte melden Sie sich bei Interesse bei der Geschäftsstelle.

Dieser Newsletter erscheint mit Unterstützung von



Europäische Union
Europäischer Flüchtlingsfonds



UNO-Flüchtlingshilfe



Solidarität braucht Solidarität!

Unterstützen Sie unsere politische und praktische Arbeit für Flüchtlinge durch eine Spende an:

Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, BW Bank, BLZ 600 501 01, Kto: 35 17 930